



Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Landesgruppe  
Baden-Württemberg

## Fürs Ländle in Berlin!

29. Mai 2020



### „Aufbruchspaket“ für die Wirtschaft



Das Konjunkturpaket für die deutsche Wirtschaft soll nach dem Willen von CDU und CSU ein „Aufbruchspaket“ werden. Die Wirtschaft soll dabei nicht in den Zustand zurückversetzt werden, in dem sie vor der Corona-Krise war. Stattdessen wird in die Zukunft investiert. Die Koalition will nach Pfingsten ein Konjunkturpaket auf den Weg bringen, um der Wirtschaft nach dem Ende des Lockdowns wieder auf die Beine zu helfen. Mit den Mitteln soll das Land innovativer und wettbewerbsfähiger gemacht werden. Es geht darum, gesunden Unternehmen Liquidität zur Verfügung zu stellen, damit sie die nächsten Monate überbrücken und Arbeitsplätze erhalten können. Wenn Deutschland im Wettbewerb – beispielsweise mit China - bestehen wolle, muss es aber vor allem in Innovationen investieren.

Es sei „im ureigensten Interesse Deutschlands als Exportnation“, die europäischen Partner, den europäischen Binnenmarkt zu stärken, betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Andreas Jung MdB** (Wahlkreis Konstanz). Als Zeichen der Solidarität hat der Bundestag in dieser Woche das Programm der EU-Kommission zur Finanzierung von Kurzarbeit („SURE“) auf den Weg gebracht. Bereits in der vergangenen Sitzungswoche hatte der Bundestag grundsätzlich zugestimmt, dass von der Corona-Pandemie besonders betroffene EU-

Staaten wie Spanien oder Italien Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen können. Das Geld muss für die Bewältigung der Pandemie verwendet werden, etwa zur Verbesserung der Gesundheitssysteme.

Andreas Jung sprach in einer „Aktuellen Stunde“ des Bundestags über die Initiative von Angela Merkel und Emmanuel Macron für ein Fonds zur europäischen Solidarität zur wirtschaftlichen Stärkung nach der Krise. „Das muss ein starkes Programm für nachhaltiges Wachstum werden“, sagte Jung. Entscheidend sei, dass nicht Altschulden verteilt oder schlicht Budgethilfen gewährt würden, sondern dass in Zukunftstechnologien investiert werde. Es gehe um Klimaschutz und den „Green Deal“, um Digitalisierung und Innovation. „So wird das eine Investition in Europas Zukunft betont Andreas Jung. Dabei gehe es um Solidarität mit von Corona hart getroffenen Mitgliedstaaten, aber gleichzeitig auch um eigene Interessen: Deutschland brauche starke Partner, im Wettbewerb etwa mit den USA, China und Russland könne Europa nur gemeinsam bestehen.

[# Video der Rede von Andreas Jung MdB](#)

## Deutschland, Frankreich, Europa



Am gestrigen Donnerstag kam die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung unter dem Vorsitz der beiden Parlamentspräsidenten **Dr. Wolfgang Schäuble MdB** und Richard Ferrand zu einer außerordentlichen Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz zusammen. Auf der Tagesordnung standen dabei ein Gespräch mit dem deutschen und dem französischen Innenminister sowie eine Aussprache über die Initiativen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen auf europäischer Ebene.

Diskutiert wurde dabei auch intensiv über eine gemeinsame Erklärung der beiden Parlamentspräsidenten. Das hatten Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand erklärt:

„Die Corona-Pandemie bedeutet für die europäischen Staaten einen symmetrischen Schock mit weitreichenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Dem Szenario „Hammer and Dance“ folgend, sind inzwischen viele EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Pandemie aus dem wochenlangen Lockdown (Hammer) in eine Phase übergegangen, in der die Politik Maßnahmen je nach Durchseuchung anziehen oder lockern kann (Dance). Gerade in dieser Phase ist eine unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eng abgestimmte Strategie notwendig, um Beschränkungen verantwortungsvoll aufzuheben. Dazu braucht es politische Führung. Als Präsidenten der Parlamente unserer beiden Staaten begrüßen und unterstützen wir deshalb die Initiative von Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 18. Mai 2020, mit der sich Deutschland und Frankreich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die EU bekennen und Vorschläge zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise unterbreiten – mit dem Ziel, dass Europa aus der Krise gestärkt hervorgeht. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ist ein geeignetes Instrument, um das Regierungshandeln parlamentarisch zu begleiten und der notwendigen Debatte über Wege aus der Krise mit eigenen Ideen zusätzliche Impulse zu verleihen. Unter Bezugnahme auf die in der Regierungsinitiative benannten Herausforderungen formulieren wir als Erwartung an unsere Regierungen aus Sicht der nationalen Parlamente:

1. Deutschland und Frankreich sollten sich im Sinne ihrer besonderen Verantwortung für Europa dafür einsetzen, die Freizügigkeit im Schengen-Raum umgehend wiederherzustellen, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind.
2. Die weltweiten Forschungen nähren zwar die Hoffnung auf einen Allheilmittel-Impfstoff, realistisch müssen wir aber davon ausgehen, dass es Jahre dauern kann, diesen zu finden und erprobt anwenden zu können. Das heißt, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam lernen müssen, mit dem Virus zu leben.
3. Für den wirtschaftlichen Aufschwung, der in Europa bereits jetzt beginnen muss, braucht es schrittweise Lockerungen – und es braucht die richtigen politischen Weichenstellungen. Wir dürfen nicht allein auf die Selbstheilungskräfte der Märkte vertrauen. Deutschland und Frankreich sollten aus der Krise lernen und sie gemeinsam als Chance zu neuer Dynamik innerhalb der Europäischen Union nutzen.
4. Vor diesem Hintergrund sollten sich Deutschland und Frankreich gemeinsam dafür einsetzen, in der Debatte das Hauptaugenmerk darauf zu legen, welche konkreten Maßnahmen die Mitgliedstaaten und die EU ins Auge fassen können, um zum wirtschaftlichen Aufschwung beizutragen.
5. Jenseits der aktuellen wirtschafts- und gesundheitspolitischen Krisenbewältigung sollten Deutschland und Frankreich ihren Willen bekräftigen, im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas im engen Dialog mit den nationalen Parlamenten und unter aktiver Einbeziehung der EU-Bürgerinnen und Bürger Überlegungen für die Zeit nach der Krise anzustellen, wie Europa solidarischer, reaktionsschneller und souveräner werden kann.
6. Die aktuelle Pandemie unterstreicht den Handlungsbedarf in Europa insbesondere auf drei Feldern, um sich im globalen Wettbewerb durch eigene Stärke behaupten zu können: Digitalisierung, Forschung & Entwicklung sowie internationale Lieferketten.
7. Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass die öffentlichen Investitionen eine überragende Rolle beim Wiederhochfahren unserer Volkswirtschaften leisten müssen und werden. Nun ist es an der Zeit, eine inhaltlich ambitionierte Investitionspolitik aufzulegen, um die künftigen Veränderungen unserer Gesellschaft entsprechend begleiten zu können. Die Initiative unser beiden Regierungen sollte den Anstoß dazu geben, eine Art neuen Schuman-Plan zu entwickeln. Es muss nun darum gehen, dass wir entlang der Themen Öffentliches Gesundheitswesen, Nachhaltigkeit und Klima sowie der umfassenden Sicherheit des Kontinents eine Dekade der Investitionen in die Stärkung unserer Resilienz einläuten. Corona ist eine Zäsur, die manch vorherige Entwicklung obsolet macht, andere zuvor schon bestehende Entwicklungen beschleunigen und verstärken wird. Frankreich und Deutschland müssen dazu weiter gemeinsam den Weg nach vorn definieren. Mit Mut und Zuversicht.“

[# Weitere Informationen zur Sitzung und zur gemeinsamen Erklärung](#)

## SURE-Programm der EU zur Unterstützung der Kurzarbeit



Krisen haben es an sich, dass sie schonungslos die negativen und positiven Seiten von Programmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes aufzeigen. Zuletzt haben wir das in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 erlebt. Hier sorgte vor allem der Erfolg der deutschen Kurzarbeit international für Aufsehen. Schätzungen zufolge konnten im dritten Quartal 2009 – dem Hochpunkt der Finanzkrise – circa 200.000 Arbeitsplätze in Deutschland durch Kurzarbeit gesichert werden. Das half nicht nur den Mitarbeitern und ihren Familien, sondern auch den Unternehmen, die nach der Krise wieder schnell zu alter Stärke zurückfinden konnten. Viele andere europäische Länder haben seitdem ähnliche Arbeitsmarktprogramme auf dem Weg gebracht. In volkswirtschaftlichen Debatten in Frankreich, Italien oder selbst den USA hört man heute immer häufiger das deutsche Wort „Kurzarbeit“, wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen in Krisenzeiten geht. „Kurzarbeit ist Teil des Immunsystems unseres Arbeitsmarktes. Das Instrument hilft uns in Krisenzeiten den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern“, so der Arbeitsmarktpolitiker **Marc Biadacz MdB** (Wahlkreis Böblingen).

Die Europäische Union plant schwer von der Corona-Krise getroffene Mitgliedstaaten mit günstigen Krediten von insgesamt bis zu 100 Milliarden Euro bei der Finanzierung von Kurzarbeit oder ähnlichen Arbeitsmarktprogrammen zu unterstützen. Dies soll im Rahmen des SURE-Programms, kurz für *Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency* (auf Deutsch *Unterstützung zur Eindämmung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage*), geschehen. Die Mitgliedsstaaten stellen hierzu anteilig an ihrer Wirtschaftsleistung Garantien in Höhe von 25 Milliarden Euro bereit. Die Bundesrepublik Deutschland garantiert hierbei 6,4 Milliarden Euro. „Arbeitsmärkte und Volkswirtschaften in der EU sind stark vernetzt. Wir sind ein Teil eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und einer Währungsunion. Damit hängt die Stabilität der deutschen Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes auch von der wirtschaftlichen Lage unserer europäischen Nachbarn ab. Das SURE-Programm ist daher auch für Deutschland von Bedeutung. Es ist richtig, dass wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion das SURE-Gewährleistungsgesetz unterstützen“, betont Marc Biadacz. Das Programm sei nicht nur volkswirtschaftlich vernünftig, es setze auch ein wichtiges Zeichen der europäischen Solidarität, so der Böblinger Bundestagsabgeordnete.

## Soziale Innovationen stärker fördern



Von **Dr. Stefan Kaufmann MdB** (Wahlkreis Stuttgart I)

Große gesellschaftliche Herausforderungen brauchen nachhaltige und kreative Lösungen. Soziale Innovationen können solche Lösungen bieten, indem sie das gesellschaftliche Miteinander neu gestalten. Denn neue Geschäftsmodelle, kreativwirtschaftliche Pionierlösungen, organisatorische Praktiken oder vernetzte Formen des Lernens, Arbeitens und Zusammenlebens entfalten vielfach eine größere Wirkmacht, als es eine einzelne Technologie könnte.

Mit der Hightech-Strategie 2025 hat die Bundesregierung ein umfassendes Innovationskonzept entwickelt, das technologische und soziale Innovationen gleichwertig in den Blick nimmt und die Gesellschaft als zentralen Akteur einbezieht. Mit dem Innovationsbegriff der Hightech-Strategie wurde sichergestellt, dass Soziale Innovationen als Querschnittsthema in verschiedenen Politikressorts behandelt werden.

Die Bundesregierung hat das riesige Potenzial von Sozialen Innovationen erkannt und bereits mehrere Instrumente zur Förderung von Sozialen Innovationen im BMBF, BMWi oder BMFSFJ entwickelt.

Mit dem Antrag „Soziale Innovationen stärker fördern und Potenziale effizienter nutzen“ schlagen die CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktionen weitere 16 Maßnahmen vor, die die Rahmenbedingungen für Soziale Innovationen in Deutschland verbessern und die beteiligten Akteure stärker und gezielter unterstützen sollen. U.a. fordern wir die Bundesregierung auf, im Rahmen der Hightech-Strategie die Förderung von Sozialen Innovationen weiter voranzutreiben. Zudem soll eine Definition für Sozialunternehmen erarbeitet und ein ressortübergreifendes Konzept für die Förderung von Sozialen Innovationen und Sozialunternehmen entwickelt werden. Darüber hinaus ist die Bundesregierung aufgerufen, ein Programm zur Erforschung und Entwicklung Sozialer Innovationen aufzusetzen. Auch neue Ideenwettbewerbe sollen gestartet werden, die Soziale Innovationen gezielt, ergebnisoffen und ressortübergreifend adressieren.

Die Bedeutung Sozialer Innovationen zeigt sich gerade in Krisenzeiten wie der gegenwärtigen Corona-Pandemie besonders deutlich. Unser Alltag ändert sich von heute auf morgen. Deshalb brauchen wir neue Ansätze, um die täglichen – großen sowie kleinen – Herausforderungen zu meistern. Dabei liefern Soziale Innovationen oft die besten und kreativsten Lösungen. Daher müssen Soziale Innovationen stärker gefördert werden, um das große Potenzial an guten Ideen in unserer Gesellschaft effizienter zu nutzen.

## Stephan Harbarth ist neuer Präsident des BVerfG



In seiner letzten Sitzung hat der Bundesrat **Prof. Dr. Stephan Harbarth** zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Von 2009 bis 2018 war Stephan Harbarth als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rhein-Neckar Mitglied unserer Landesgruppe und ab 2016 ebenfalls stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im November 2018 wurde er zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts und zum Vorsitzenden des Ersten Senats ernannt. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

### Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Weitere Informationen finden Sie unter

### Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

### Kontakt

Platz der Republik  
Paul-Löbe-Haus  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269  
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)  
[Website](#)



*Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), unsplash.com (Corona), Bundesverfassungsgericht | Lorenz.fotodesign, Karlsruhe (Harbarth).*

*Impressum:*

*CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg*

*Platz der Republik 1*

*11011 Berlin*

*[Newsletter abbestellen](#)*